

Migrationsentwicklungen – ein aktueller Überblick





Migrationsentwicklungen – ein aktueller Überblick

Prof. Dr. Dr. h. c. Lars P. Feld, Patrick Hirsch, Katharina Pfeil

Im Jahr 2019 bleibt Migration ein zentrales Thema in Deutschland. Im Mittelpunkt stehen nach wie vor die Zuwanderung und Aufnahme von Asylsuchenden aus Kriegs- und Krisengebieten des Nahen und Mittleren Ostens sowie Afrika. Dabei ist Migration – bedingt durch Arbeitssuche, Konflikte oder sonstige politische Entwicklungen – eng mit der deutschen Geschichte verbunden und hat unsere Gesellschaft nachhaltig geprägt. So trugen beispielsweise die sogenannten Gastarbeiter aus Südeuropa maßgeblich zum wirtschaftlichen Erfolg des Landes in den 1950er- und 1960er-Jahren bei. Infolge politischer Krisen, wie in den 1980er-Jahren im Iran und in der Türkei, sowie Kriegen, insbesondere in den 1990er-Jahren im ehemaligen Jugoslawien, flohen viele Menschen nach Deutschland, um Asyl zu beantragen. Mit Einführung der Personenfreizügigkeit in der Europäischen Union (EU) hat die Binnenwanderung, also die Migration zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten, zugenommen. Viele dieser Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen nach Deutschland kamen, haben sich dauerhaft hierzulande niedergelassen. Der Beitrag der Migration zur Entwicklung Deutschlands, insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg, wurde ausführlich im ersten Malteser Migrationsbericht 2017 (MM17) dargestellt.¹

Das erste Kapitel des Malteser Migrationsberichts 2019 stellt neben aktuellen Wanderungsdaten die Bevölkerung mit Migrationshintergrund näher dar. Schließlich wird unter Berücksichtigung der politischen Ereignisse der vergangenen Jahre auf Schutzsuchende eingegangen. Dabei liegen die Schwerpunkte auf der demografischen Zusammensetzung und dem europäischen Kontext der Fluchtmigration.

1 Malteser Migrationsbericht 2017.
<https://www.malteser.de/migrationsbericht>.

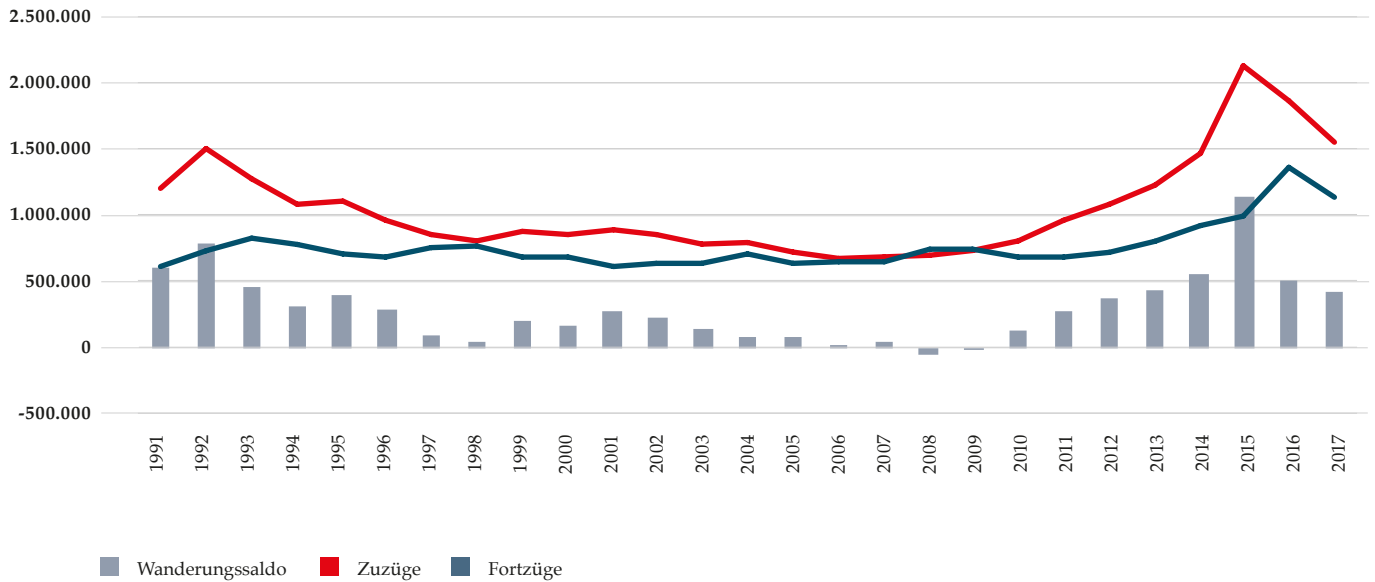
Wanderungen von und nach Deutschland

Im Jahr 2017 sind mit einem Wanderungssaldo von 416.000 Personen erneut mehr Menschen nach Deutschland zugezogen als fortgezogen.² Damit bleibt die Nettozuwanderung, also die Differenz zwischen 1,55 Millionen Zu- und 1,13 Millionen Fortzügen, in Deutschland im achten Jahr in Folge positiv und addiert sich seit dem Jahr 2010 auf 3,8 Millionen Menschen (siehe Abbildung 1). Dass der Zuzug nach Deutschland nicht zu einem noch deutlicheren Bevölkerungswachstum geführt hat, ist der gegenwärtigen demografischen Lage, also der alternden Bevölkerung und dem damit verbundenen Rückgang der ansässigen Bevölkerung geschuldet. Aufgrund der Zuwanderung wuchs die Gesamtbevölkerung seit dem Jahr 2010 um rund eine Million Personen und belief sich Ende 2017 auf 82,8 Millionen Personen. Ohne Zuzüge wäre die Bevölkerung seit 2010 also um 2,8 Millionen gesunken. Insbesondere die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 65 Jahren würde mittelfristig um 300.000 Personen pro Jahr sinken, was eine Herausforderung für den Arbeitsmarkt und die sozialen Sicherungssysteme darstellen würde.³ Experten rechnen nicht damit, dass der verstärkte Zuzug Asylsuchender den Rückgang und das fallende Arbeitskräftepotenzial auffangen kann. Dem liegen verschiedene Faktoren zugrunde, wie z.B. Sprach- und Berufskennntnisse, auf die in den folgenden Kapiteln näher eingegangen wird. Die zielgerichtete Arbeitsmigration sollte

2 Zu Redaktionsschluss lagen die Zahlen der Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamts für 2018, anders als die zu Asylsuchenden des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, noch nicht vor.

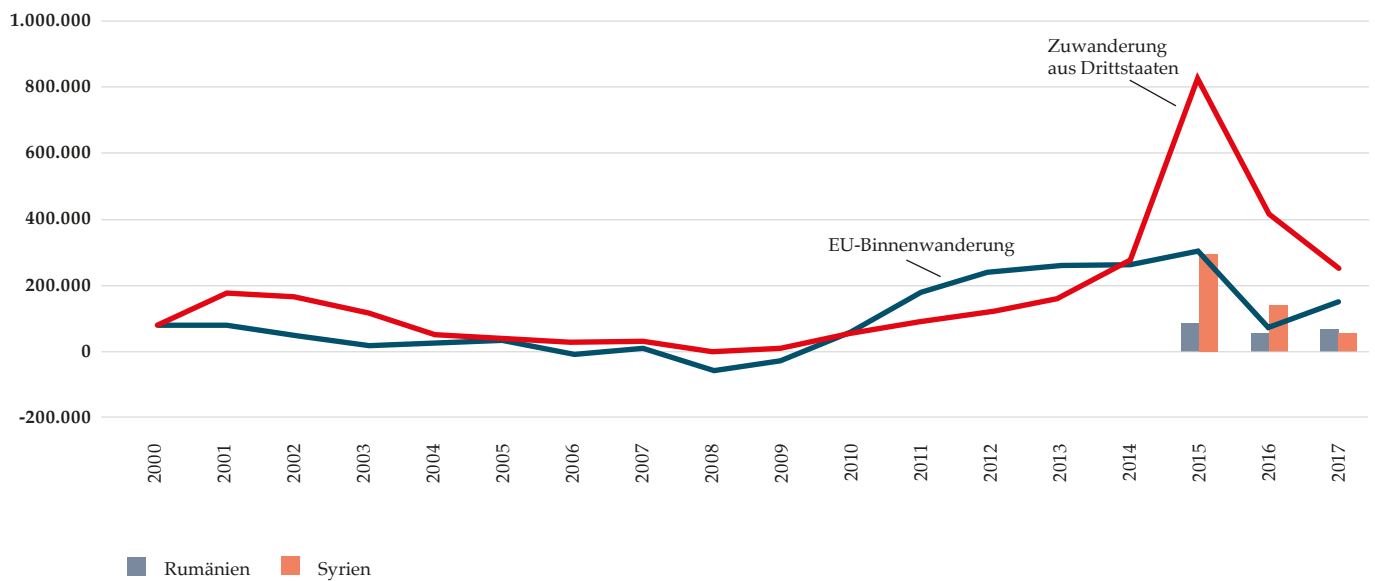
3 Fuchs et al. (2018). IAB-Prognose für 2018/2019: Aufschwung bleibt, verliert aber an Tempo.

Abbildung 1:
Zu- und Fortzüge über die Grenzen Deutschlands



Quelle: Statistisches Bundesamt 2018a.

Abbildung 2:
Wanderungssaldo nach Zuwanderungsgruppen



Anmerkung: Rumänien und Syrien stellten in den Jahren 2015 bis 2017 die Hauptherkunftsländer der jeweiligen Gruppe dar.

Quelle: Statistisches Bundesamt 2018a; eigene Darstellung.

daher getrennt von der Aufnahme Schutzsuchender betrachtet werden.⁴

Die Zuwanderung nach Deutschland lässt sich in zwei Gruppen unterteilen: EU-Binnenwanderung und Zuwanderung aus Drittstaaten. Personen mit EU-Staatsbürgerschaft genießen Freizügigkeit, während Drittstaatenangehörige für die Einreise und den Aufenthalt fast ausnahmslos eine Erlaubnis benötigen.

Seit dem Jahr 2010 macht die EU-Binnenwanderung einen bedeutenden Anteil der stark gestiegenen Zuwanderung aus (siehe Abbildung 2). Neben der EU-Erweiterung war der Zuzug von immer mehr EU-Bürgerinnen und -Bürgern durch die günstige wirtschaftliche Lage Deutschlands, den damit verbundenen hohen Bedarf an Arbeitskräften und die steigende Beliebtheit deutscher Großstädte wie Berlin, München oder Frankfurt bedingt.⁵ Im Jahr 2017 fand mit 156.000 zugewanderten Personen mehr als ein Drittel der Nettozuwanderung durch Personen aus EU-Mitgliedstaaten statt; den größten Teil machten Personen aus osteuropäischen Mitgliedstaaten, hauptsächlich aus Rumänien (+73.000), Polen (+34.000) und Kroatien (+33.000), aus. Im Rahmen der Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU tragen vor allem sie dazu bei, dass sich die Anzahl der Erwerbstätigen in Deutschland auf einem neuen Höchststand befindet (siehe Kapitel zum Arbeitsmarkt). In den Jahren 2016 und 2017 fiel die Nettozuwanderung aus den EU-Staaten bedeutend geringer aus als noch in den Jahren zuvor. Der steigende Wohlstand und der Aufbau von Arbeitsplätzen in den Herkunftsländern dürften den Wettbewerb um Fachkräfte innerhalb der EU jedoch weiter verschärfen.⁶

Seit dem Jahr 2014 liegt die Nettozuwanderung aus Drittstaaten über der von EU-Bürgerinnen und -Bürgern. Diese Zuwanderung von Personen aus Staaten außerhalb der EU war in den

vergangenen Jahren stark von der asylbedingten Migration geprägt. Während im zuzugsstärksten Jahr 2015 die Nettozuwanderung aus Syrien allein in etwa der Nettozuwanderung aus allen EU-Staaten entsprach, stellte der EU-Mitgliedstaat Rumänien im Jahr 2017 wieder das bedeutendste Herkunftsland dar.

Bevölkerung mit Migrationshintergrund und Soziodemografie der Schutzsuchenden

Infolge der anhaltenden Zuwanderung ist die Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Jahr 2017 gewachsen, im Vergleich zum Vorjahr um 3,7 Prozent. Insgesamt hatten damit fast 19,3 Millionen Menschen, also in etwa jede vierte in Deutschland lebende Person, einen Migrationshintergrund (siehe Abbildung 3). Somit besaßen entweder sie selbst oder zumindest ein Elternteil die deutsche Staatsbürgerschaft nicht von Geburt an. Etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung mit Migrationshintergrund besaß die deutsche, die andere Hälfte eine ausländische Staatsangehörigkeit. Weiter überwog die Anzahl der Menschen mit eigener Migrationserfahrung (16,1 Prozent der Gesamtbevölkerung) die Anzahl derer ohne eigene Migrationserfahrung (7,4 Prozent).

In den vergangenen Jahren ist insbesondere die Anzahl junger Menschen unter 35 Jahren mit Migrationshintergrund anteilig an der Gesamtbevölkerung sowohl über direkte Zuwanderung als auch als Nachkommen von Zugewanderten stark gestiegen, im Fünfjahresvergleich von 22,2 Prozent auf 32,5 Prozent im Jahr 2017.

Unter der Bevölkerung mit ausländischer Staatsbürgerschaft lebten zum Jahresende 2017 1,7 Millionen Schutzsuchende in Deutschland (2,1 Prozent der Gesamtbevölkerung). Schutzsuchende sind Personen, die sich unter Berufung auf humanitäre Gründe in Deutschland aufhalten. Dies umfasst Personen mit einem anerkannten Asylantrag sowie jene, die sich zum Stichtag vom 31. Dezember im laufenden Asylverfahren befinden oder die sich mit einem abgelehnten

4 SVR Wirtschaft (2018). Jahresgutachten 2018/19.

5 Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg hat beispielsweise berechnet, dass das Bevölkerungswachstum Berlins im Jahr 2017 fast ausschließlich auf die zugezogene ausländische Bevölkerung zurückgeht.

6 SVR Wirtschaft (2018). Jahresgutachten 2018/19.

3,8 Mio

BETRUG DIE NETTOZUWANDERUNG VON 2010 BIS 2017.

73.000

ZUZÜGE WURDEN AUS DEM EU-STAAT RUMÄNIEN VERZEICHNET – ERNEUT DAS HAUPTHERKUNFTSLAND IM JAHR 2017.

3,7 %

BETRUG DER ANSTIEG DER BEVÖLKERUNG MIT MIGRATIONSHINTERGRUND IM JAHR 2017.

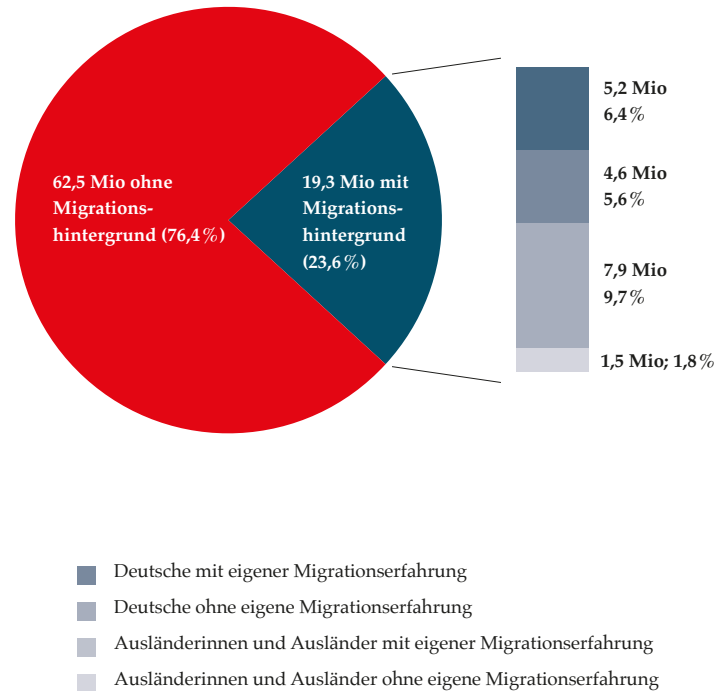
32,5 %

DER DEUTSCHEN BEVÖLKERUNG UNTER 35 JAHREN HABEN EINEN MIGRATIONSHINTERGRUND. DIE BEVÖLKERUNG MIT MIGRATIONSHINTERGRUND IST BESONDERS JUNG.

19,3 Mio

MENSCHEN IN DEUTSCHLAND HABEN EINEN MIGRATIONSHINTERGRUND. DAVON STAMMEN 2,8 MILLIONEN (14 %) AUS DER TÜRKEI, 2,1 MILLIONEN (11 %) AUS POLEN, 1,4 MILLIONEN (7 %) AUS RUSSLAND, 1,2 MILLIONEN (6 %) AUS KASACHSTAN UND 0,9 MILLIONEN (4 %) AUS RUMÄNIEN.

Abbildung 3:
Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund im Jahr 2017



Anmerkung: Eine Person hat einen Migrationshintergrund, wenn entweder sie selbst oder zumindest ein Elternteil die deutsche Staatsbürgerschaft nicht von Geburt an besitzt. Eine eigene Migrationserfahrung hat eine Person dann, wenn sie im Ausland geboren und nach Deutschland zugewandert ist. Die Gesamtbevölkerung nach Mikrozensus weicht mit 81,7 Millionen leicht von anderen Statistiken ab.

Quelle: Statistisches Bundesamt 2018b.

Asylantrag in Deutschland aufhalten (siehe Kapitel zum Asylverfahren). Mehr als die Hälfte von ihnen wurde erstmals in den zuzugsstarken Jahren 2015/16 in Deutschland registriert.⁷

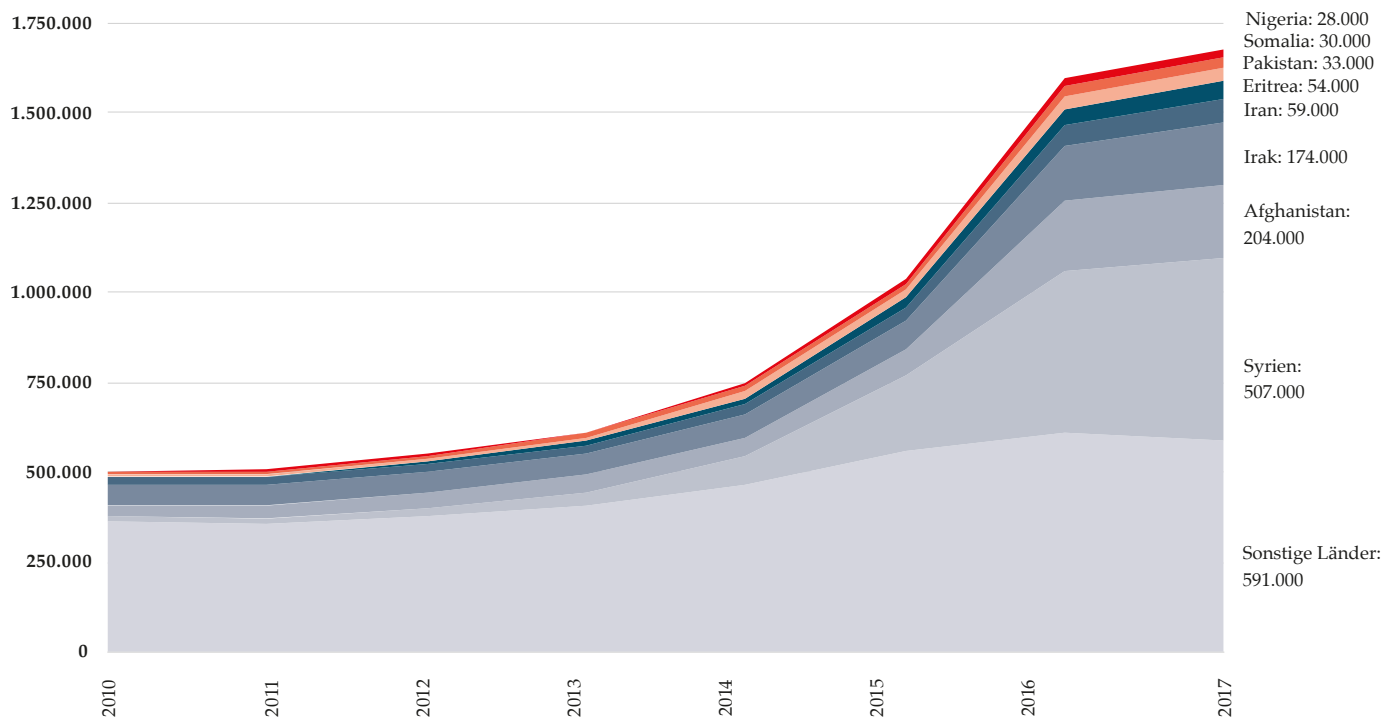
Wenngleich weniger stark als im Jahr davor, nahm die Anzahl der in Deutschland lebenden Schutzsuchenden im Jahresverlauf 2017 doch insgesamt um 83.000 oder gut 5 Prozent erneut zu. Die Anzahl der Personen aus den Asyl8-Staaten stieg dabei mit einem Plus von rund 100.000 auf 1,1 Millionen Personen (+10,0 Prozent) ebenfalls deutlich an (siehe Abbildung 4). Zu den Asyl8-Staaten zählen die nichteuropäischen Asylherkunftsstaaten Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien.

7 Statistisches Bundesamt (2018d). Zahl der registrierten Schutzsuchenden im Jahr 2017 um 5% gegenüber Vorjahr gestiegen.

Zum Jahreswechsel 2017/18 stammten zwei von drei Schutzsuchenden aus diesen Staaten. Die Gesamtanzahl der in Deutschland lebenden Schutzsuchenden aus allen anderen Ländern ist im Jahr 2017 hingegen um rund 17.000 Personen (-2,7 Prozent) zurückgegangen. Diese Entwicklung ist insbesondere durch den Rückgang um 24.500 Schutzsuchende (-14,3 Prozent) aus den Westbalkanstaaten bedingt. Unter den im Bericht verwendeten Begriff der Westbalkanstaaten fallen die Länder Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Nordmazedonien, Kosovo und Serbien. Allein die Anzahl Schutzsuchender mit albanischer Nationalität ging um rund 8.200 zurück (-32,6 Prozent).

Soziodemografisch unterscheidet sich die Gruppe der Schutzsuchenden deutlich von der ansässigen Bevölkerung. Abbildung 5 stellt die Alters- und Geschlechtsstruktur der Schutzsuchenden

Abbildung 4:
Entwicklung der Schutzsuchenden in Deutschland



Anmerkung: Die Anzahl der Personen aus den Asyl8-Staaten werden einzeln ausgewiesen, Stichtag: 31. Dezember 2017.

Quelle: Statistisches Bundesamt 2018c; eigene Darstellung.

der ausländischen Bevölkerung und der Gesamtbevölkerung gegenüber. Es zeigt sich deutlich, dass die Schutzsuchenden mit rund 64 Prozent mehrheitlich männlich und im Schnitt deutlich jünger waren. Der Altersmedian, also das Lebensalter, das die Bevölkerung so teilt, dass genau eine Hälfte der Bevölkerung älter und die andere jünger ist, lag für die Schutzsuchenden bei rund 28 Jahren und für die Gesamtbevölkerung bei 48 Jahren. Infolge der starken Zuwanderung war das Durchschnittsalter der Gesamtbevölkerung im Jahr 2015 zum ersten Mal seit der Wiedervereinigung wieder gesunken.⁸

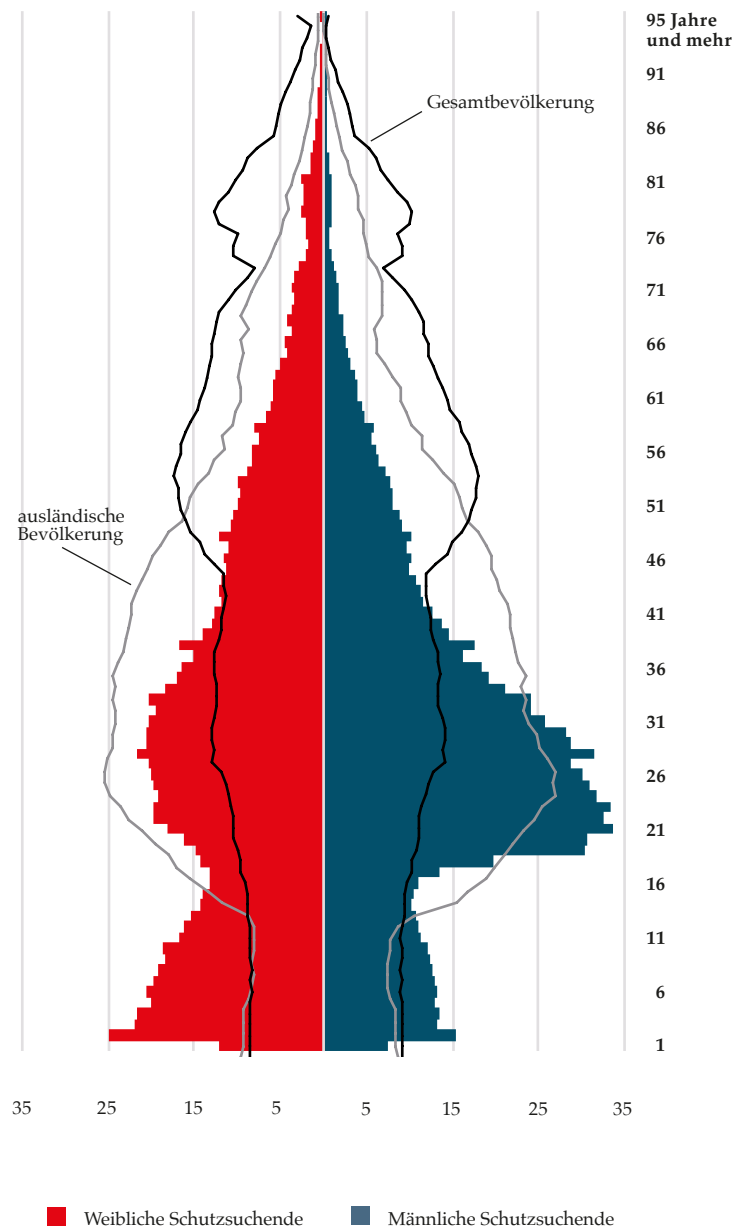
Entwicklung der Asylanträge

Gemäß dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) stellten im Jahr 2018 insgesamt 162.000 Personen einen Erstantrag auf Asyl, was verglichen zum Vorjahr 2017 einem Rückgang von rund 18 Prozent und im Vergleich zum Jahr 2016 einem Rückgang von 72 Prozent entspricht (siehe Abbildung 6). Die außergewöhnlich hohe Antragszahl im Jahr 2016 ging dabei auf die Asylsuchenden zurück, die bereits im Jahr 2015 nach Deutschland gekommen waren. Durch Kapazitätsengpässe der zuständigen Behörden konnten viele von ihnen erst Monate später einen Asylantrag stellen (siehe MM17). Seit dem Jahr 2017 liegt die Anzahl der gestellten Asylanträge wieder ungefähr auf dem Niveau des Jahres 2014. Hierbei sorgten unter anderem veränderte Rahmenbedingungen der deutschen und europäischen Asylpolitik für die deutlich rückläufigen Zuzüge.⁹ Zu diesen Maßnahmen zählten beispielsweise die Ausweisung weiterer sicherer Herkunftsstaaten auf nationaler Ebene (siehe Kasten zu den sicheren Herkunftsstaaten), Grenzsicherungen entlang der sogenannten Balkanroute oder Abkommen der EU mit Drittstaaten wie der Türkei und Libyen.

⁸ Durchschnittsalter der Bevölkerung. Webseite des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung. <https://www.bib.bund.de/Permalink.html?id=10208850>, abgerufen am 4. Juni 2019.

⁹ SVR Migration (2019a). Fakten zur Asylpolitik.

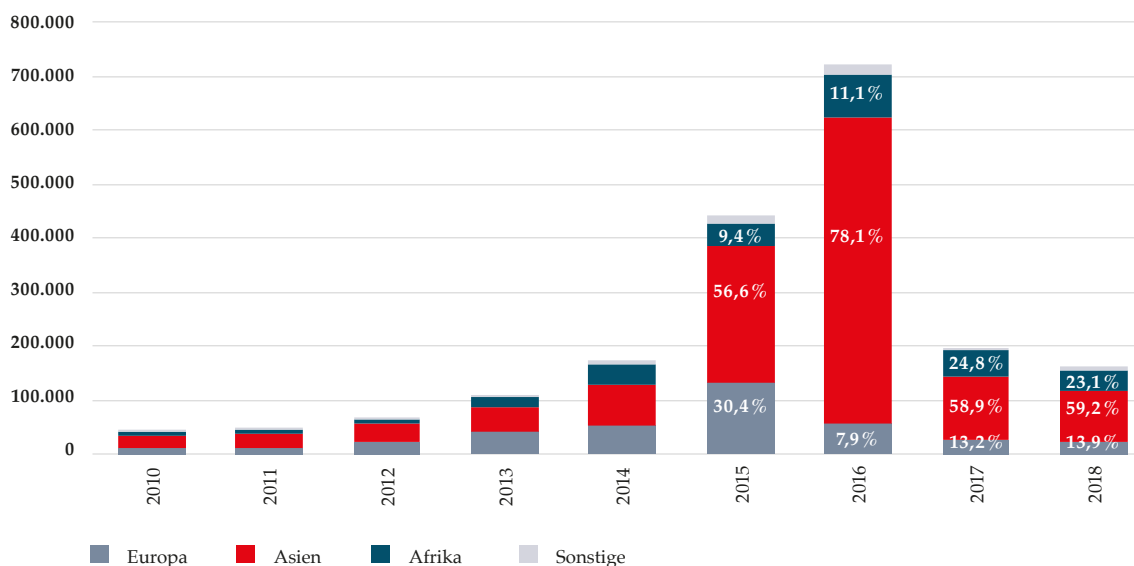
Abbildung 5:
Altersstruktur der Schutzsuchenden in Deutschland im Jahr 2017



Anmerkung: Zur besseren Vergleichbarkeit bezieht sich die Anzahl der Personen jeder Gruppe auf jeweils 1.000 Personen. Die Anzahl Schutzsuchender bezieht sich auf den Stichtag 31. Dezember 2017.

Quellen: Statistisches Bundesamt 2018c; Statistisches Bundesamt 2018b; eigene Berechnungen; eigene Darstellung.

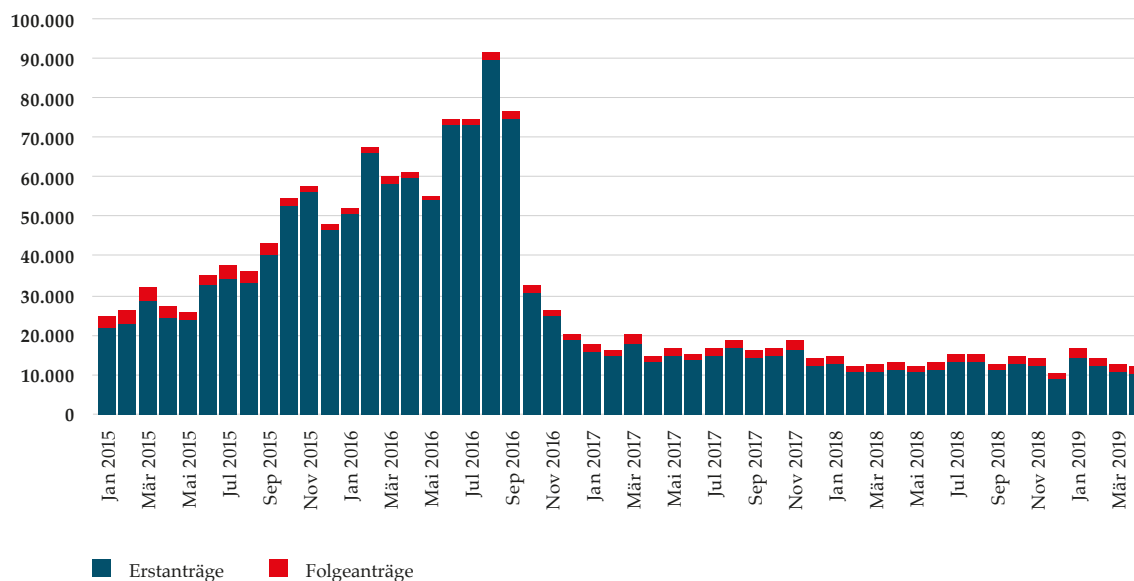
Abbildung 6:
Anzahl der Erstanträge auf Asyl nach Kontinenten



Anmerkung: Die Kategorie „Sonstige“ beinhaltet Asylanträge von Personen aus anderen Kontinenten sowie von Personen, deren Staatsbürgerschaft unbekannt ist.

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2019a.

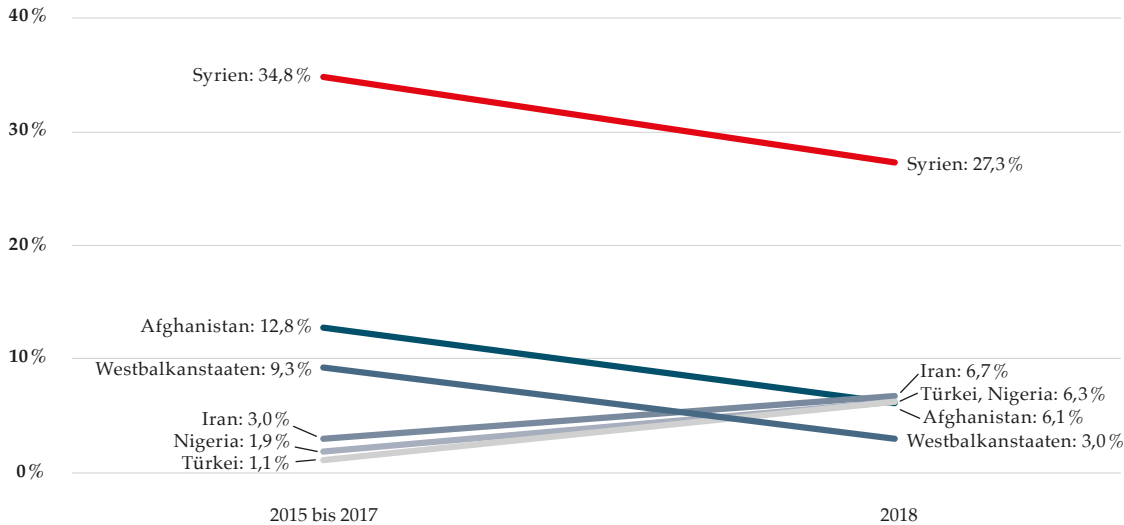
Abbildung 7:
Monatliche Asylantragszahlen von Januar 2015 bis April 2019



Anmerkung: Ein sogenannter Folgeantrag ergibt sich durch die erneute Antragstellung eines Asylsuchenden nach Rücknahme oder Ablehnung eines früheren Asylantrages.

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2019a.

Abbildung 8:
Erstanträge auf Asyl nach Hauptherkunftsländern in den Jahren 2015 bis 2017 und 2018 (anteilig an allen Anträgen)



Quellen: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2019a; Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2019b; eigene Berechnungen; eigene Darstellung.

Seit Ende des Jahres 2016 verbleibt die Anzahl der Asylersanträge auf einem vergleichsweise geringen Niveau von monatlich unter 20.000 Anträgen (siehe Abbildung 7). Im Jahr 2018 wurden durchschnittlich 11.600 Erstanträge pro Monat gestellt. Im Jahr 2019 wurden bis einschließlich April ca. 48.000 Asylersanträge gestellt. Verglichen zum Vorjahreszeitraum haben sie damit wieder leicht, nämlich um rund 2.500 Anträge, zugenommen (+5,5 Prozent).

Mit 96.000 Erstanträgen stellten Asylsuchende aus asiatischen Herkunftsländern – darunter fallen unter anderem auch die Asyl8-Staaten Syrien, Afghanistan, Irak, Iran und Pakistan im Nahen und Mittleren Osten – im Jahr 2018 mit 59,2 Prozent die meisten Anträge (siehe Abbildung 6). Personen aus afrikanischen Herkunftsländern, unter anderem Nigeria, Somalia und Eritrea, machten im Jahr 2018 23,1 Prozent aller Antragstellenden aus. Diese Gruppe ist im Vergleich zu den zuzugsstarken Jahren 2015/16, als

sie jeweils rund 10 Prozent aller Asylsuchenden ausmachte, relativ am stärksten gewachsen. Absolut ist die Anzahl der Asylersanträge von Personen aus afrikanischen Herkunftsstaaten jedoch ebenfalls rückläufig und betrug im Gesamtjahr 2018 37.000 Anträge im Vergleich zu 49.000 in 2017 und 80.000 in 2016. Die absolute Anzahl der Asylansträge aus dem geografischen Europa, hauptsächlich aus den Westbalkanstaaten, geht seit dem Jahr 2015 stetig zurück. Im Jahr 2018 waren es noch rund 23.000 Anträge oder, gemessen an allen Anträgen, 13,9 Prozent.

Anträge aus den Asyl8-Staaten machten im Jahr 2018 rund 64 Prozent (104.300 Anträge) aller Erstanträge auf Asyl aus; in den Jahren 2015 bis 2017 entsprachen sie noch knapp 70 Prozent. Der größte Teil der Asylsuchenden kam nach

RUND
162.000
 PERSONEN STELLTEN INSGESAM
 IM JAHR 2018 EINEN ERSTANTRAG
 AUF ASYL.

RUND **64 %**

DER ERSTANTRÄGE AUF ASYL WURDEN VON PERSONEN AUS DEN ASYL8-STAATEN GESTELLT.

RUND **1,7 Mio**

SCHUTZSUCHENDE LEBTEN ZUM ENDE DES JAHRES 2017 IN DEUTSCHLAND. DAVON SIND 1,3 MILLIONEN ERST SEIT DEM JAHR 2010 NACH DEUTSCHLAND GEKOMMEN.

Sichere Herkunftsstaaten

Sichere Herkunftsstaaten werden per Gesetz auf Bundesebene festgelegt und sollen der Beschleunigung des Asylverfahrens dienen. Dabei orientiert sich der Gesetzgeber an der allgemeinen politischen Lage in dem entsprechenden Land. Als Kriterien gelten, dass generell keine staatliche Verfolgung in dem Staat zu befürchten ist und dass der Staat grundsätzlich vor nicht staatlicher Verfolgung schützen kann. Für Personen aus sicheren Herkunftsstaaten ist ein Asylverfahren in Deutschland weiter möglich. Es wird dann jedoch von der sogenannten Regelvermutung, dass keine Verfolgungsgefahr vorliegt, ausgegangen. Entsprechend gilt ein Asylantrag aus einem sicheren Herkunftsstaat als unbegründet, wenn keine Beweise für eine Verfolgung vorgelegt werden. Im Oktober 2015 erweiterte das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz unter anderem die Anzahl sicherer Herkunftsstaaten um die Westbalkanstaaten. Zuvor galten bereits Ghana und Senegal sowie die sicheren Drittstaaten, bestehend aus den EU-Mitgliedstaaten, Norwegen und der Schweiz, als sicher. Im Januar 2019 stufte der Bundestag zusätzlich Algerien, Georgien, Marokko und Tunesien als sicher ein. Die Zustimmung des Bundesrates steht zu diesem Zeitpunkt allerdings noch aus; bereits im März 2017 war ein solcher Vorstoß dort gescheitert.¹⁰

¹⁰ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Sichere Herkunftsstaaten. <http://www.bamf.de/DE/Fluechtlingsschutz/Sonderverfahren/Sichere-Herkunftsstaaten/sichere-herkunftsstaaten-node.html>, abgerufen am 4. Juni 2019.

wie vor aus Syrien. Im Jahr 2018 machten Erstanträge von Personen aus Syrien 27,3 Prozent (44.200) aller Anträge aus, wohingegen in den Vorjahren noch mehr als ein Drittel aller Asylsuchenden aus Syrien kamen (siehe Abbildung 8). 10,1 Prozent (16.300) der Asylantragstellenden kamen aus dem Irak und 6,7 Prozent (10.900) aus dem Iran. Anträge aus Afghanistan lagen mit 6,1 Prozent (9.900) deutlich unter dem Niveau der Vorjahre. Unter den Asylanträgen von Personen aus Afrika hat vor allem der Anteil nigerianischer Asylsuchender von 1,9 Prozent auf 6,3 Prozent (10.200) deutlich zugenommen. Hervorzuheben ist die Entwicklung der Asylantragszahlen aus der Türkei. Nach dem Putschversuch im Sommer 2016 sind die Erstantragszahlen türkischer Staatsangehöriger deutlich gestiegen und machten im Jahr 2018 ebenfalls 6,3 Prozent aus (10.200). Eine gegenläufige Entwicklung haben die Antragszahlen von Personen der Westbalkanstaaten genommen. Diese gingen von 9,3 Prozent in den Jahren 2015 bis 2017 auf 3,0 Prozent (4.800) zurück. Hierbei dürfte ein direkter Zusammenhang mit der Ausweisung sicherer Herkunftsländer, der Schließung der Balkanroute, einer sehr geringen Schutzquote dieser Länder und dem neu geschlossenen Arbeitsmigrationsabkommen bestehen (siehe Kapitel zum Arbeitsmarkt).¹¹

¹¹ Bither und Ziebarth (2018). Legale Zugangswege schaffen, um irreguläre Migration zu verringern? Was wir von der Westbalkan-Regelung lernen können.

Zur Soziodemografie der Asylsuchenden im Jahr 2018

Die Aufnahme von Zuwanderinnen und Zuwanderern, insbesondere von Asylsuchenden, stellt Deutschland vor eine Reihe von Herausforderungen. Dazu zählen vor allem die Integration in den Arbeitsmarkt und in Schulen sowie die Bereitstellung von Sozialleistungen. Von besonderer Bedeutung und Interesse ist daher die demografische und sozioökonomische Zusammensetzung der Asylsuchenden. Die bei der Antragstellung im Jahr 2018 erhobenen Daten zeigen, dass sie – ähnlich der schutzsuchenden Bevölkerung im Jahr 2017 – mit 56,7 Prozent mehrheitlich männlich waren (siehe Abbildung 9). Im Vergleich zu den Vorjahren ist der Anteil an männlichen Antragstellern von noch knapp 70 Prozent im Jahr 2015 jedoch stetig zurückgegangen.

Im Vergleich zur Altersstruktur der Gesamtbevölkerung waren Personen, die im Jahr 2018 einen Asylantrag in Deutschland stellten, erneut deutlich jünger (siehe Abbildung 10). Mehr als 80 Prozent der Asylantragstellenden waren jünger als 35 Jahre. Davon waren 30.000 oder 18 Prozent zum Zeitpunkt der Antragstellung im schul-

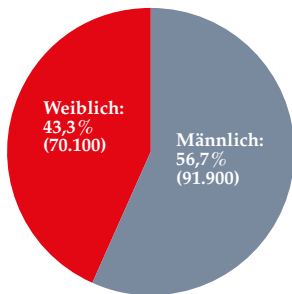
pflichtigen Alter von 6 bis 17 Jahren. Die Anzahl der Personen im erwerbsfähigen Alter belief sich auf rund 90.000 Personen, was mehr als 50 Prozent der Asylantragstellenden ausmachte. Dagegen war kaum ein Prozent der Personen, die 2018 einen Asylantrag stellten, 65 Jahre oder älter.

Asylsuchende in Europa

Im europäischen Vergleich werden in Deutschland monatlich nach wie vor die meisten Asylanträge gestellt; inklusive der Folgeanträge beliefen sie sich im Jahr 2018 auf knapp 185.000.¹² Es folgten Frankreich mit etwa 120.000 und Griechenland mit rund 54.000 Anträgen. Gemessen an der Bevölkerung lag Deutschland hinter Zypern, Griechenland, Malta und Luxemburg an fünfter Stelle (siehe Abbildung 11). Während in den Jahren 2015/2016 in Deutschland in Summe rund 15 Asylanträge je 1.000 Einwohner verzeichnet wurden, kamen in den Jahren 2017/18

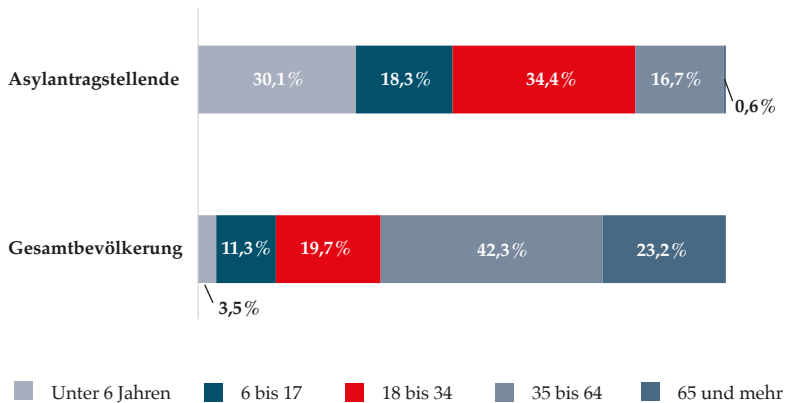
12 Da verschiedene Länder keine Differenzierung zwischen Erst- und Folgeanträgen ausweisen, wird in diesem Abschnitt die Gesamtzahl der Asylanträge betrachtet.

Abbildung 9:
Asylantragstellende (Erstanträge) im Jahr 2018 nach Geschlecht



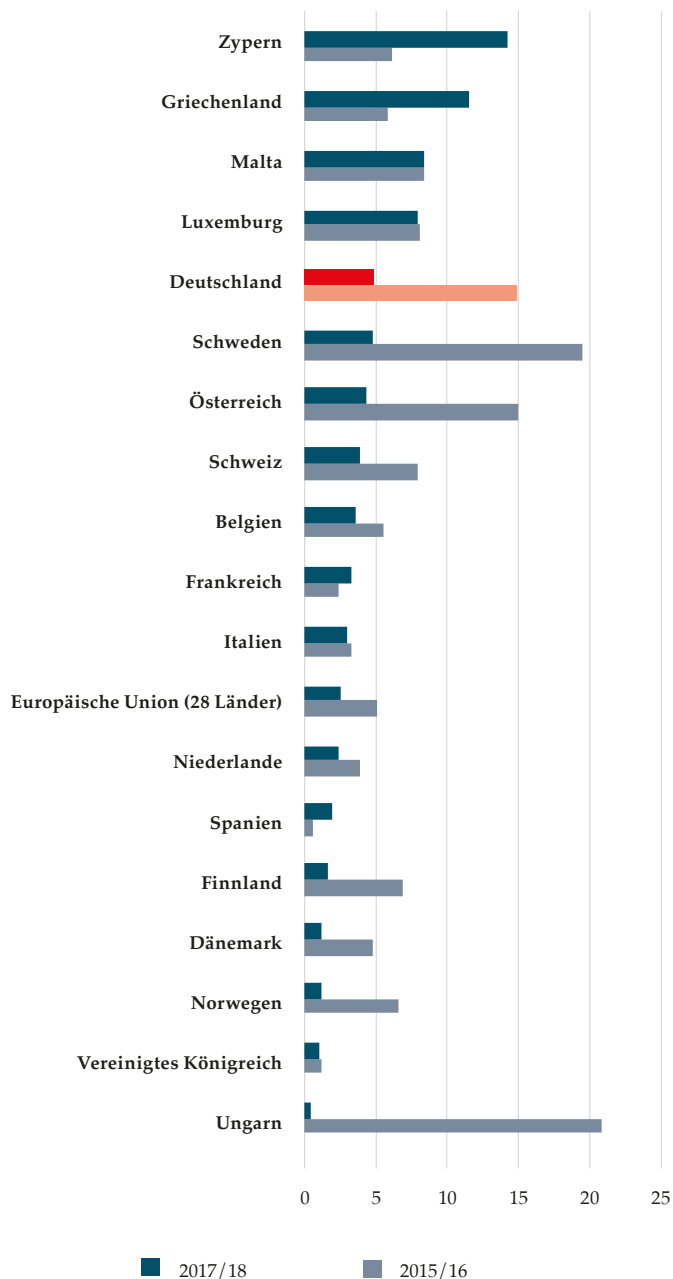
Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2019b.

Abbildung 10:
Erstasylantragstellende im Jahr 2018 nach Altersgruppen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung



Quellen: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2019b und Statistisches Bundesamt 2018b; eigene Berechnungen; eigene Darstellung.

Abbildung 11:
Gestellte Asylanträge je 1.000 Einwohner im europäischen Vergleich



Anmerkung: Es handelt sich um eine Auswahl europäischer Staaten. Die Asylantragszahlen schließen Erst- und Folgeanträge mit ein. Die Balken beziehen sich jeweils auf die aggregierten Antragszahlen in den Jahren 2015/16 und 2017/18.

Quellen: Eurostat 2019; eigene Berechnungen; eigene Darstellung.

noch umgerechnet knapp 5 Asylanträge auf 1.000 Einwohner. Im europäischen Vergleich werden damit hierzulande nach wie vor überdurchschnittlich viele Asylanträge in Relation zur Bevölkerung gestellt.

Da die Auffassungen über die Aufnahme von Asylsuchenden und eine Verantwortungsteilung zwischen den EU-Mitgliedstaaten sehr verschieden ausfallen, tritt man bezüglich einer tiefergehenden gemeinsamen Asylpolitik allerdings weiter auf der Stelle.¹³ Einer Verständigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner – die Ankunfts-zahlen Asylsuchender in Europa zu senken – folgten vereinzelte Maßnahmen. Darauf zielt auch der nationale Masterplan Migration des Bundesinnenministeriums aus dem Juli 2018 ab, der unter anderem einen verbesserten Schutz der Außengrenzen und die Verminderung von Fluchtursachen vorsieht. Auf internationaler Ebene wurde in Marokko der Globale Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration verabschiedet und im Dezember 2018 von 164 Staaten ratifiziert. Im Zentrum steht die Stärkung der multilateralen Zusammenarbeit in Flucht- und Asylfragen. Dazu sollen weltweite Standards gelten, die unter anderem die Einhaltung der Menschenrechte garantieren. Rechtlich bindend ist der sogenannte UN-Migrationspakt für die Unterzeichnerstaaten allerdings nicht. Sie behalten weiter die Souveränität in Migrationsfragen.

Daten der europäischen Grenzschutzagentur Frontex zufolge haben sich neben dem Rückgang der Ankunfts-zahlen die Fluchtrouten der Geflüchteten verlagert (siehe Abbildung 12). So ist die registrierte Anzahl von Grenzübertritten zwischen Marokko und Spanien in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen und hat sich im Jahr 2018 im Vergleich zum Vorjahr auf über 57.000 verdoppelt. Der Weg über das westliche Mittelmeer nach Spanien war damit die meist frequentierte Route nach Europa. Dabei bieten die beiden Enklaven Ceuta und Melilla zusätzliche Ziele auf dem afrikanischen Kontinent. Die Fre-

¹³ Europäischer Rat. Zeitleiste – Reaktion auf den Migrationsdruck. <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/migratory-pressures/history-migratory-pressures/>, abgerufen am 4. Juni 2019.

quentierung der anderen Routen ging im Vergleich zum Jahr 2015 hingegen deutlich zurück, darunter die Route über das östliche Mittelmeer, aus der Türkei nach Griechenland. Dies steht im Zusammenhang mit dem Abkommen zwischen der EU und der Türkei, das gegen Geldhilfen und ein Umsiedlungsprogramm unter anderem illegale Grenzübertritte erschweren und den Geflüchteten in der Türkei eine Perspektive bieten soll.¹⁴ Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen UNHCR gibt an, dass sich Ende April 2019 rund vier Millionen Menschen auf der Flucht in der Türkei aufhielten, wovon alleine mehr als 3,6 Millionen Personen aus Syrien kamen. Damit nahm das Land die meisten Geflüch-

teten weltweit auf. Diese lebten dort jedoch weiterhin unter prekären Verhältnissen, so der EU-Rechnungshof, der die Verwendung der Mittel nachvollzieht.¹⁵ Zudem sorgten Grenzschließungen, die Errichtung von Zäunen und die temporäre Einführung von Binnengrenzkontrollen im Schengen-Raum für einen Rückgang entlang der westlichen Balkanroute. Durch eine Zusammenarbeit mit der libyschen Küstenwache ging die Anzahl der Geflüchteten über das zentrale Mittelmeer zurück.¹⁶

15 Europäischer Rechnungshof (2018). Die Fazilität für Flüchtlinge in der Türkei: Unterstützung zwar hilfreich, doch eine optimale Mittelverwendung ist nur mit Verbesserungen zu erreichen.

16 Valenta et al. (2019). European Asylum Policies and the Stranded Asylum Seekers in Southeastern Europe.

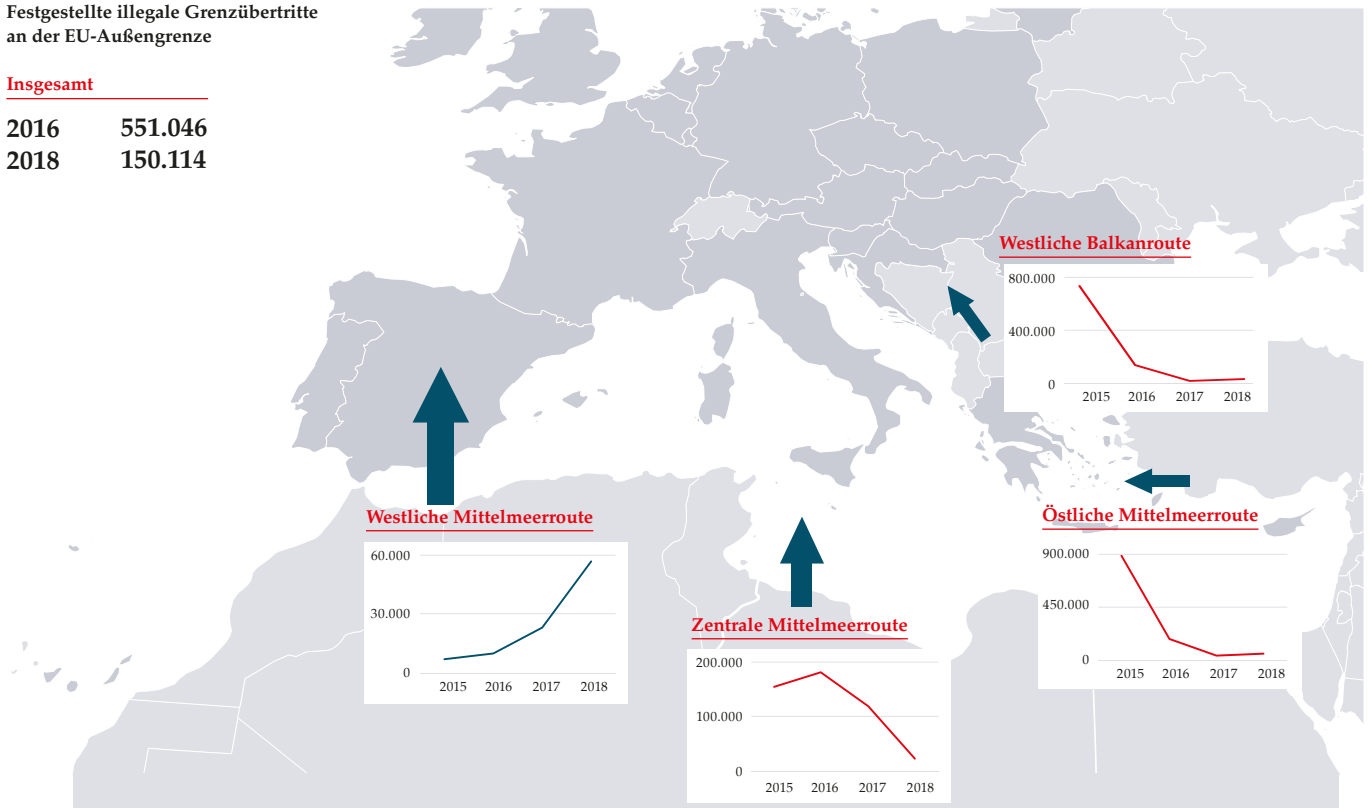
14 SVR Migration (2017a). Jahresgutachten 2017.

Abbildung 12:
Entwicklung der Fluchtrouten nach Europa in den Jahren 2015 bis 2018

Festgestellte illegale Grenzübertritte an der EU-Außengrenze

Insgesamt

2016	551.046
2018	150.114



Anmerkung: Die Erfassung illegaler Grenzübertritte an den Außengrenzen Europas zeigt Fluchtrouten, die Menschen nach Europa wählen.

Quelle: Frontex 2019a; eigene Darstellung.

Alle mal durchatmen

Mit Herz, Handwerk und Haltung gegen die Erregungs-Kultur

Von Dr. Peter Frey, ZDF-Chefredakteur

Aus der einstigen Informations-Flut ist ein Tsunami geworden. Persönliche Social-Media-Profile wurden zu Influencer-Accounts, unbeachtete Blogs zu mächtigen Lautsprechern. Nachrichten gibt es überall und jeder hat eine Plattform, um sich über die Inhalte öffentlich zu echauffieren. Die permanente Erregung bestimmt viel zu oft den Diskurs. Das hat Folgen – für jeden Einzelnen, für das gesellschaftliche Miteinander und für die Rolle der Medien. Wem kann man noch vertrauen? Was ist wahr, was erfunden? Was macht wer mit meinen Daten? In einer aufgewühlten Zeit, in der Emotionen allzu oft die Fakten verdrängen, müssen wir alle wieder lernen, mal durchzuatmen. Der Journalismus sollte sich mehr denn je auf seine Ur-Tugenden besinnen.

Herz ...

Wir Journalisten müssen die Hand aufs Herz legen und uns selbstkritisch betrachten. Es gibt nicht nur Gefahren, die durch ökonomischen Druck entstehen, durch zu viel Schnelligkeit oder harten Wettbewerb. Es gibt zunehmend auch eine Art Populismus im Journalismus. In den letzten Monaten zeigt sich, dass auch Medien politische Strömungen anfeuern. Sie vertreten eine eigene politische Agenda, spitzen in einer Art und Weise zu, die der Sache nicht immer gerecht wird, sei es aus eigener Überzeugung, sei es um Klicks, Likes und Auflagen zu steigern. Ich meine: Gerade in diesen Zeiten müssen wir kritisch und distanziert bleiben und sollten nicht eine ohnehin aufgewühlte gesellschaftliche Situation durch Zuspitzung noch schwieriger machen. Das ist gefährlich für den Journalismus.

Die öffentlich-rechtlichen Sender stehen nicht zuletzt in der Kritik der AfD. Diese Partei sehnt das Ende des öffentlich-rechtlichen Rundfunks herbei – und zwar deshalb, weil wir unabhängig sind und uns Kritik erlauben. Wir dürfen uns davon nicht einschüchtern lassen und müssen dem selbstbewusst, mit Kompetenz und auch mit einem Stück Demut begegnen.

Handwerk ...

Die Qualitätsmedien müssen ihren Job machen: kritisch, aufklärerisch und unverzagt. Dabei ist es wichtig, dass Journalisten ihre Arbeitsweisen und redaktionelle Entscheidungsmechanismen erklären und erläutern. Außerdem müssen Journalisten Fehler zugeben und öffentlich nachvollziehbar richtig stellen. Das ZDF hat dafür auf heute.de nach dem Vorbild der „New York Times“ die Rubrik „Korrekturen“ eingerichtet. Auf dieser Seite weisen wir auf Fehler in unserer Berichterstattung hin und korrigieren sie. In Sachen Transparenz gehen wir noch weiter: In den Nachrichten, Dokumentationen und Magazin-Sendungen des ZDF kommen im Laufe eines Jahres eine Vielzahl von Expertinnen und Experten zu den unterschiedlichsten Themen zu Wort. Mit einer Experten-Liste, die ebenfalls auf heute.de zu finden ist, haben wir nun ein Mittel, um den Zuschauerinnen und Zuschauern mehr Informationen zu den jeweiligen Expertinnen und Experten zu bieten.

Deutschland hat gerade im Vergleich zu den USA mit ihrer extremen Polarisierung der Presse, die wiederum zu einer Polarisierung der Gesellschaft führt, eine äußerst vielfältige, regional differenzierte und spätestens seit der Flüchtlingskrise auch politisch wieder deutlich heterogene Presse- und Rundfunklandschaft.



Wir müssen sie nutzen und mit unseren recherchierten Fakten und fundierten Hintergründen ein Gegengewicht bilden zu Falschmeldungen, Gerüchten und Hass-Botschaften – sowohl im Fernsehen als auch online und in den sozialen Netzwerken. Wir priorisieren unsere eigenen, sicheren ZDF-Plattformen, aber wir dürfen die Meinungsbildung in den sozialen Netzwerken nicht den Populisten überlassen. Auch dort müssen wir Haltung zeigen und immer wieder faktenbasierte Hintergründe in die Debatte geben. Die Zuschauerinnen und Zuschauer wissen das zu schätzen.

Haltung ...

Gerade in Zeiten des Populismus wird das „Rausgehen“ und „Zuhören“ immer wichtiger. Die Berichterstattung über die Befindlichkeiten und Vielfalt der Lebensgefühle der Menschen in den verschiedenen Milieus müssen wir weiter vertiefen. Gleichwohl muss aber auch klar sein: Verstehen ist etwas anderes als Verständnis haben. Verständnis signalisiert Empathie und die muss auch Grenzen haben. Wir müssen kein Verständnis aufbringen für Morddrohungen, Anschläge auf Flüchtlingsheime oder militante Bedrohungen von politischem Spitzenpersonal oder Journalisten selbst. Es muss eine Grenze des Verständnisses geben – wo Gewalt hoffähig

wird und ein Systemwechsel statt Reformen gefordert werden. Hier heißt es: diesen Extremismus auch klar als solchen zu benennen. Ich bin davon überzeugt: Die Zeiten für professionellen, wahrhaftigen Journalismus waren nie besser. Er wird mehr gebraucht denn je in den letzten Jahrzehnten.